

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.570.305

Wien, am 4. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Herr, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. September 2020 unter der Nr. **3279/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

1. *Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen haben Sie seit Angelobung der Regierung am 7. Jänner 2020 ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?*
 - a. *Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?*
2. *Wie viele Tonnen CO₂ wurden durch diese Maßnahmen im Zeitraum zwischen Angelobung der Regierung und dem Zeitpunkt Ihrer Anfragebeantwortung eingespart?*
3. *Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende zu ergreifen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu*

- 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?*
- a. Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?*
 - b. Wie viele Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden?*
- 3. Erfassen Sie die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen?*
- a. Wenn ja, wie hoch sind diese aktuell für das Jahr 2020? Falls Daten für das heurige Jahr nicht verfügbar sind, bitte um Angabe der aktuellsten Daten.*
 - b. Wenn nein, planen Sie eine solche Erfassung einzuführen?*
 - c. Wenn nein, gibt es eine Schätzung?*
- 4. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*
- 5. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo.)*
- 6. Haben Sie Pläne oder Konzepte, wie Sie innerhalb Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bis 2040 Klimaneutralität erreichen können?*
- a. Wenn ja, wie sehen diese aus?*
 - b. Wenn nein, haben Sie die Ausarbeitung solcher Pläne oder Konzepte eingeleitet?*
- 7. Das Regierungsprogramm nennt das Ziel einer Sanierungsquote von 3%. Wie hoch ist aktuell die Sanierungsquote in den von Ihrem Ministerium genutzten Gebäuden?*

Eingangs darf ich festhalten, dass der Klimaschutz und damit auch die Senkung der CO₂-Emissionen als Maßnahme gegen den Klimawandel mir, meinem Ressort wie auch der Bundesregierung ein sehr großes Anliegen ist.

Im Bundeskanzleramt werden selbstverständlich nach Maßgabe des geltenden Bundes-Energieeffizienzgesetzes Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen gesetzt. Um den Energieverbrauch zu senken, sind beispielsweise die Installation von LED-Leuchtmitteln, der Einbau von Bewegungsmeldern und die Modernisierung der Serverraumkühlung erfolgt. Zudem ist ein Elektrofahrzeug samt Ladeinfrastruktur für das Bundeskanzleramt etabliert worden.

Zudem darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3283/J vom 4. September 2020 durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie verweisen. Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass die Verwaltung des Immobilienportfolios des Bundes, wozu auch die vom Bundeskanzleramt genutzten Räumlichkeiten gehören, kein Gegenstand meines Vollziehungsbereichs ist und mir daher keine weiteren Informationen zur Beantwortung vorliegen.

Zu Frage 8:

8. *Das Regierungsprogramm nennt für Neubauten das Ziel von Niedrigstenergiehaus-Standards und verpflichtenden PV-Anlagen. Sind in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) aktuell Neubauten in Bau, Planung oder Anbahnung?*
- a. *Wenn ja, welchen Energiestandards unterliegen diese Neubauten? (mit Bitte um Auflistung aller Neubauprojekte, deren aktuelle Bauphase und der jeweiligen Energiestandards)*
- b. *Wenn ja, wie viele kWh Strom sollen die in diesen Neubauten vorgesehenen PV-Anlagen pro Jahr erzeugen?*

Derzeit sind keine Neubauten im Bundeskanzleramt geplant.

Zu Frage 9:

9. *Das Regierungsprogramm nennt das Ziel von 100% Umweltzeichen-zertifiziertem Ökostrom ab 2021. Wie viel Prozent des Strombedarfs Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) werden aktuell durch Umweltzeichen-zertifizierten Ökostrom gedeckt?*
- a. *Wie planen Sie die Erreichung von 100% bis 2021?*

Das Bundeskanzleramt verwendet für Stromlieferungen den Abruf der Bundesbeschaffung. Im Zuge der geplanten Neuausschreibung der Lieferverträge wurde bei der Bundesbeschaffung der Bedarf nach UZ46-Strom bekannt gegeben.

Zu Frage 10:

10. *Das Regierungsprogramm nennt als Ziel die Mindestanforderungen der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events sowie Green Meetings für Veranstaltungen. Hält Ihr Ministerium diese Mindestanforderungen bereits ein?*
- a. *Wenn nein, wie planen Sie diese Mindestanforderungen zu erreichen?*

Das Bundeskanzleramt ist bei Veranstaltungen stets darum bemüht, die Mindestanforderungen der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events sowie Green Meetings einzuhalten. Folgende Punkte stehen dabei im Fokus:

- Es wird darauf geachtet, dass Veranstaltungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht im eigenen Haus stattfinden können, gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. zu Fuß zu erreichen sind. Sofern dies nicht möglich ist, werden umweltfreundliche Alternativen – wie beispielsweise Shuttledienste – angeboten.
- Im Bereich Catering wird stets versucht mit Green zertifizierten Anbietern zusammenzuarbeiten. Sollte dies nicht möglich sein, werden bevorzugt regionale und saisonale Produkte verwendet.
- Bei der Weitergabe von Informationen und dem Einladungsversand wird verstärkt auf den Einsatz elektronischer Medien gesetzt.
- Notwendige, veranstaltungsspezifische Druckwerke werden nach dem Prinzip des minimalen Ressourcenaufwandes auf Umweltzeichenpapier gedruckt.
- Dekorationselemente werden vielfach weiterverwendet.
- Auf die Verwendung von Plastik wird weitestgehend verzichtet.
- Es wird auf die Barrierefreiheit der Veranstaltung sowie des Veranstaltungsortes geachtet.
- Sofern eine Veranstaltung als Green Event durchgeführt wird, wird darauf hingewiesen.

Die Regierungsklausur im Jänner 2020 im Steigenberger Hotel & Spa Krems wurde nach dem Österreichischen Umweltzeichen für Green Meetings zertifiziert.

Zu den Fragen 11 und 12:

11. Das Regierungsprogramm nennt den öffentlichen Fuhrpark als Vorbild für alternative Antriebstechnologien. 2022 sollen diese bei Neuanschaffungen der öffentlichen Hand Standard sein. Wie hoch liegt der Anteil alternativer Antriebstechnologien im aktuellen Fuhrpark Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?

a. Wie planen Sie diesen zu erhöhen?

12. Das Regierungsprogramm betont die Wichtigkeit von Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge in Gebäuden. Wie hoch ist der Anteil an Gebäuden in ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen), die bereits über Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge verfügen?

a. Wie planen Sie diesen zu erhöhen?

Das Bundeskanzleramt verfügt über ein Elektrofahrzeug. Bei Neuanschaffung von Regierungsfahrzeugen wird über die Bundesbeschaffung GmbH unter Berücksichtigung der Kriterien des Leitfadens der nachhaltigen Beschaffung („NaBe“) beschafft.

Darüber hinaus wird seitens des Bundeskanzleramts auf das Service Mobilität in der Verwaltung („MoVe“) zurückgegriffen, ein Projekt, das auf Initiative der Konferenz der Generalsekretariate ins Leben gerufen wurde. In der Phase der Pilotierung des Projekts steht den Bediensteten des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend, des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, des Bundesministeriums für Inneres, des Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie der Parlamentsdirektion das Service zur Verfügung. Ende des Jahres soll das Pilotprojekt dann in den Normalbetrieb übergeführt werden. Über eine App werden die Dienstfahrten der teilnehmenden Ressorts gebündelt und eine moderne und effiziente Abwicklung der Fahrtleistungen erreicht. Eine bessere Auslastung der Fahrzeuge und eine damit verbundene Reduzierung der Leerfahrten und Stehzeiten senkt die Kosten für den Betrieb. Der Einsatz von Elektrofahrzeugen unterstützt zudem die Umwelt- und Klimaschutzbemühungen des Bundes. Im Bundeskanzleramt sind dabei auch zwei der E-Fahrzeuge stationiert.

Sebastian Kurz

